

# Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungsblatt für das Enzthal und dessen Umgegend.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

51. Jahrgang.

Nr. 91.

Neuenbürg, Donnerstag den 15. Juni

1893.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. — Preis vierteljährlich 1 M 10 S, monatlich 40 S; durch die Post bezogen im Oberamtsbezirk vierteljährlich 1 M 25 S, monatlich 45 S, außerhalb des Bezirks vierteljährlich 1 M 45 S — Einrückungspreis für die 1spaltige Zeile oder deren Raum 10 S.

Amtliches.

Neuenbürg.

## Bekanntmachung und Erlaß an die Ortsvorsteher

betreffend

### die Aushebung und die Vorladung der Militärpflichtigen vor die R. Obererjagdkommission.

Der Reise- und Geschäftsplan der Rgl. Obererjagdkommission für die diesjährige Aushebung im Aushebungsbezirk Neuenbürg ist folgender:

#### Dienstag den 4. Juli 1893

Prüfung der alphabetischen- und Restanten-Listen nach § 71.9 der Wehrordnung, Vornahme, bezw. Prüfung der Reklamationen, Vorstellung der in den Beilagen 1. 2. 3 und der in den Vorstellungslisten B. C und D enthaltenen Leute, Visitation der Invaliden etc. etc., sowie der Felddienstunfähigen gemäß § 36.5 der Wehrordnung.

#### Mittwoch, den 5. Juli 1893

Vorstellung der in der Liste E aufgeführten Militärpflichtigen.

I. Hienach haben auf dem Rathaus in Neuenbürg zu erscheinen am

#### Dienstag den 4. Juli 1893, morgens präzis 7 Uhr

1. diejenigen Leute, welche auf diesen Tag besonders vorgeladen werden, sowie alle diejenigen Militärpflichtigen, welche bei der Musterung als „dauernd untauglich“ bezeichnet oder zur „Erfahrereserve“ und zum „Landsturm 1.“ in Vorschlag gebracht worden sind.

Diejenigen, welche bei der Musterung als „augenscheinlich untauglich“ bezeichnet, sowie diejenigen, welche von der Erfahrungscommission aus irgend einem Grunde „zurückgestellt“ worden sind, bleiben von der Vorstellung vor der Rgl. Obererjagdkommission entbunden, haben also nicht zu erscheinen.

Am Mittwoch den 5. Juli 1893 morgens präzis 6 1/2 Uhr haben zu erscheinen:

1. Die Restanten vom Jahrgang 1870 und früher, sofern sie bei der diesjährigen Musterung für tauglich erklärt, oder neuer noch gar nicht gemustert worden sind.

2. Sämtliche in dem Oberamtsbezirk sich aufhaltende Militärpflichtigen der Jahrgänge 1871, 1872 und 1873, welche bei der diesjährigen Musterung im Aushebungsbezirk Neuenbürg oder in einem anderen Aushebungsbezirk des deutschen Reiches für „tauglich“ erklärt worden sind.

3. Solche Militärpflichtige der Jahrgänge 1871, 1872 und 1873, welche neuer noch nirgends gemustert worden sind.

II. Die Ortsvorsteher werden beauftragt, die Bestimmungspflichtigen sofort auf die angegebenen Zeiten unter Belehrung über die Folgen des Ungehorsams (§ 28 Z. 7 der Wehrordnung) vorzuladen und dieselben anzuweisen, ihre Lösungsscheine unfehlbar mitzubringen.

Die Vorladung hat gegen unterrichtliche Eröffnungsbescheinigung der Bestimmungspflichtigen zu geschehen und es sind die Eröffnungs-Urkunden längstens bis Montag den 26. Juni d. J. anher einzuladen.

Bei der Vorladung sind die Pflichtigen darauf hinzuweisen, daß die Vorstellung vor der Obererjagdkommission nicht nach der Reihenfolge

der Gemeinden erfolgt, daß vielmehr jeder von Anfang an sich auf den Aufruf bereit halten muß, widrigenfalls er Strafe und Einreichung ohne Rücksicht auf seine Losnummer zu erwarten hat.

III. Die Ortsvorsteher haben dafür zu sorgen, daß ihre Leute zu der vorgeschriebenen Zeit erscheinen, das Erscheinen der Ortsvorsteher selbst ist nicht erforderlich.

Die Ortsvorsteher werden ferner beauftragt, auf möglichste Reinlichkeit der Bestimmungspflichtigen am Körper und in der Wäsche hinzuwirken und die Leute vor der Aushebung auf die Bestimmung des § 65 Ziff. 3 der Wehrordnung, wornach jeder Versuch zur Täuschung gerichtlich strafbar ist, sowie auf § 71 Z. 7 und § 72 Z. 3 der Wehrordnung aufmerksam zu machen, welche bestimmen, daß die Entscheidung der R. Obererjagdkommission endgültig sind und daß jeder in den Grundlisten des Aushebungsbezirks aufgeführte Militärpflichtige berechtigt ist, im Aushebungstermin zu erscheinen und der R. Obererjagdkommission etwaige Anliegen vorzutragen.

Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung sind spätestens im Aushebungstermin zu stellen, solche können aber nicht ausschließlich mündlich vorgebracht, sondern müssen schriftlich eingereicht werden. Reklamationen, welche etwa deshalb nicht angebracht werden, weil vorausgesetzt wurde, der Reklamierte werde als nicht einstellungsfähig erfinden, können später mit Erfolg nicht mehr angebracht werden.

Militärpflichtige, welche ihren Aufenthalt in einem anderen Aushebungsbezirk haben, müssen sich in dem Aushebungsbezirk ihres Aufenthaltsortes zur Aushebung stellen. Scheinverzüge sind sofort zur Anzeige zu bringen. In einem solchen Falle werden die betreffenden Militärpflichtigen selbst nach der Aushebung noch nach dem richtigen Aushebungsbezirk überwiesen.

IV. Vorstrafen der Militärpflichtigen sind, soweit dies noch nicht geschehen seine sollte, ohne Verzug hierher anzuzeigen, ebenso sind etwaige ortskundige Fehler einzelner Militärpflichtiger — z. B. geistige Beschränktheit, epileptische Anfälle u. s. w., falls solche nicht schon bei der Musterung zur Sprache gebracht worden sind, sofort hierher anzuzeigen.

V. Besonders wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß kein Militärpflichtiger in Rücksicht auf Familienverhältnisse, zum Train mit kurzer Designiert wird, und daß die R. Obererjagdkommission wiederholt die bestimmte Erwartung ausgesprochen hat, daß solche Gesuche um Zuteilung zum Train mit kurzer Ausbildung nicht zur Vorlage gebracht werden.

VI. Die Stammtafeln mit Beilagen von 1891, 1892 und 1893 sind bis zum 1. Juli hierher einzuladen.

Den 10. Juni 1893.

Der Zivilvorsitzende der Erlagskommission,  
Oberamtsverweser Maier.

### Calmbach.

#### Verkauf eines Anwesens mit Wasserkraft.

Aus dem Nachlaß des verstorbenen Ludwig Haussmann, Mechanikers von hier, kommt am

Montag den 26. Juni 1893

vormittags 11 1/2 Uhr

auf dem Rathaus zu Calmbach dessen am 15. April d. J. abgebranntes Anwesen:

1 a 40 qm Grundfläche mit Hofräumen,

5 „ 30 „ Gärten dabei,

11 a 74 qm zusammenhängend, im hiesigen Dorf an der Calwer Straße samt der Wasserkraft von ungefähr 8 Pferdekraften aus dem Calmbach im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf, wozu Kaufsliebhaber, fremde mit amtlich beglaubigten Vermögenszeugnissen versehen, eingeladen werden.

Die genehmigte Brandenschädigung beträgt:

für Hochbau . . . 15 720 M 50 S

für Zubehörenden an Maschinen . . . 2 462 „ 50 „

zusammen 18 183 M

Der waisengerichtliche Anschlag 24 000 M

Das Anwesen war früher eine Mahlmühle, seit verschiedenen Jahren aber eine mit Erfolg betriebene mechanische Werkstätte mit Schleiferei und kann zu beliebigem Gewerbebetrieb ausgenützt werden.

Dem Käufer ist Gelegenheit geboten, später einen vollständigen Mechaniker-Handwerkszeug mit englischer Drehbank, Bohrmaschine und Hochpresse, auch eine Obstmühle mit drei Pressen käuflich zu erwerben.

Zu weiteren Auskünften erklärt sich der Unterzeichnete gerne bereit.  
Den 13. Juni 1893.

Schultheiß und Ratschreiber:  
Haberlen.





Revier Schwann.

**Wegherstellungs-Accord.**

Die Beseitigung einer Einschnitts-**Aufschung** an der Einmündung des Neuen Wegs in den Enzthalweg soll im Wege mündlichen Abstreichs vergeben werden. Es sind hierfür vorgesehen:

- 1. für Sicherungen 21 M —
  - 2. für Maurerarbeit 49 „ 35 „
- 70 M 35 S

Die Verhandlung findet Dienstag den 20. Juni vormittags 11 Uhr nach dem Grasverkauf an Ort und Stelle statt.

Revier Hirsau.

**Holz-Verkauf.**

Montag den 19. Juni, vormittags 9 Uhr im Löwen in Oberreichenbach, Scheidholz aus Weckenhardt:

- Rm.: 1 birf. Koller; Nadelholz: 1 Scheiter, 14 Prügel, 154 Anbruch, 16. Stockholz; Wellen: 475 in Flächenlofen. Ferner aus Sauhals die über 1 m hohen Borwüche losweise zur Selbstaufbereitung, zu Reistreu gut geeignet.

Grumbach.

Am Samstag den 24. Juni d. J. vormittags 9 Uhr wird auf hiesigem Rathhaus ca. 50 bis 55 qm **Plaster** in **Accord** vergeben.

Zugleich wird eine alte unbrauchbare **Feuerpritze** im öffentlichen Aufstreich verkauft.

Den 13. Juni 1893.

Schultheißenamt Emendörfer.

**Privat-Anzeigen.**

Ein braves fleißiges

**M ä d c h e n,**

nicht unter 18 Jahren, wird bis Jacobi in eine Beamtenfamilie gesucht. Zu erfragen bei der Exped. d. Bl.

Neuenbürg.

**Heu und Dehmdgras,**

59 Ar im Thal, verkaufe ich am Samstag Abend 7 Uhr in meinem Lokal.

Bierbrauer Knittel.

**Feldrennach.**

Hiermit erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

**Hochzeits-Feier**

auf Sonntag den 18. Juni ins Gasthaus zum „L a m m“

freundlichst einzuladen, mit der Bitte dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Fauth, Holzhändler, Karoline Faass, Langenalb.

Wildbad

Bringe mein Lager in neuen

**Feilen**

in empfehlende Erinnerung und gebe sie zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab.

Gleichzeitig empfehle ich zum

**Aufhauen alter Feilen**

unter billigster Berechnung.

Chr. Schmid, Feilenhauer.

Ein jüngeres, fleißiges

**M ä d c h e n,**

zu Kindern, wird bei gutem Lohn sogleich gesucht.

Zu erst. bei der Redaktion.

**Post-Couverts**

mit Firmendruck von M 4.— an bis 8 M pr. 1000 Stück liefert

die Buchdruckerei von C. Mech.

**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**

Neuenbürg, 13. Juni. Heute nacht 2/12 Uhr wurde die Einwohnerschaft durch Feuerlärm in großen Schrecken versetzt. In der sog. hinteren Gasse (Mühlstraße) hinter dem Oberamtsgebäude war in dem Bub'schen Hause neben Seifens. Mahler Feuer ausgebrochen, das von einem Holzraum im unteren Stock ausgehend, sich rasch und intensiv auf das Treppenhaus verbreitete, so daß alsbald von einem Aufstiege zu den Wohnungen keine Rede mehr sein konnte. Die Bewohner konnten kaum noch das nackte Leben retten und so richtete sich in der ersten Aufregung die bange Sorge darauf, ob nicht noch einzelne Familienglieder sich im brennenden Hause befänden. Die Feuerwehr griff so rasch wie möglich ein, doch vergebens, das Feuer bedrohte auch mit Rapidität die andere Hälfte des großen Doppelhauses, in welchem sich das Spezereigeschäft des Invaliden Franz Andras befindet. Möglichst tauchte im Fenster des dritten Stocks eine Frauengestalt auf, eine einzelstehende Person, welche ein Zimmer da oben bewohnte. Sofort bestiegen einige Feuerwehrkameraden die neue mechanische Schiebleiter und entrißen die halb bewußtlose Frau gerade noch rechtzeitig dem immer mehr um sich greifenden Feuer. Die Schiebleiter, welche auf ihrer Basis gedreht, und beliebig verlängert, am Kreuzstock angelegt werden kann, hat sich in diesem Ernstfalle gut bewährt. Aber das entfachte Element suchte seinen Weg unaufhaltsam weiter, wenn ihm auch durch die Wasserstrahlen energigisch zu begegnen gesucht wurde. Die fast völlige Windstille begünstigte die angestrengten Löscharbeiten; dieselben waren bei der sehr engen winkligen Passage an der hinteren Seite des brennenden Gebäudes sehr erschwert und es war bei diesem Umstand nicht zu wundern, daß schließlich auch das kleine Hintergebäude des Ernst Büxenstein, in welchem die unverstümmte Familie Ohngemach wohnte, vom Feuer ergriffen wurde. Das Wasser mußte in der Hauptsache von der Enz — die städtische Wasserleitung genügt ja bei Weitem nicht — hergeleitet und beigebracht werden. Unbeschränkte, lobende Anerkennung verdient neben der Thätigkeit der Feiw. Feuerwehr der ernste Fleiß und die Ausdauer der Einwohnerschaft, namentlich aber der Wasserträgerinnen. Dem glücklichen Umstand, daß fast völlige Windstille herrschte, ist es zuzuschreiben, wraun der Brand keine größere Ausdehnung angenommen hat. Die Nachbargebäude, das Mahler'sche und Kappler'sche, namentlich das erstere, waren stark bedroht; es galt sie unter allen Umständen zu retten. Alles half zusammen, daß das Brandunglück nicht noch

mehr vergrößert werde. Wir sind hier im letzten Jahrzehnt von solchem gnädig verschont geblieben, von dem heutigen aber sind 7 Familien und die oben erwähnte so glücklich gerettete Frau schwer betroffen, mußten sie doch fast ihre ganze Habe zurücklassen. Bis gegen Morgen war das stattliche Doppelwohnhaus bis auf das untere Stockwerk niedergelegt. — Die Feuerwehr arbeitet ununterbrochen den ganzen Tag über an der Abräumung der rauchenden und glimmenden Brandstätte. — Nachsicht: Heute abend gegen 7 Uhr, als die Feuerwehr noch größtenteils thätig war, wurden plötzlich wieder Feuer signale gegeben, diesmal wegen eines im Birkenfeld der Wald bei der Schwarzlochsabrik ausgebrochenen Brandes. Die dahin abmarschierte Feuerwehrabteilung konnte jedoch, nahe am Ziel, wieder zurückbeordert werden, da der Waldbrand, glücklicherweise gleich nach Entstehen entdeckt, durch sofort herbeigeeilte Personen bei energischem Vorgehen eingedämmt werden konnte. Es war jedoch die Alarmierung eine neue Aufregung für die Einwohnerschaft.

Neuenbürg, 13. Juni. Während heute Nacht die Gefahr des hiesigen Brandfalles noch nicht beseitigt war, traf bald nach 2 Uhr von Salmbach die Nachricht von einem daselbst unten im Dorfe ausgebrochenen Brande ein. Nach heute früh eingetroffenen näheren Nachrichten, wurde ein Doppelwohnhaus samt Scheune in Asche gelegt. Eine sehr betagte etwa 90jährige Frau konnte nur mit Mühe noch gerettet werden. Die Abgebrannten sind die Familien Weil und Fuchs, welche den größten Teil ihrer Habe verloren haben.

**Eingefendet zur Reichstagswahl.**

Neuenbürg, 12. Juni. Gestern nachmittag stellte sich der Reichstagskandidat der Volkspartei, **Vauunternehmer Glez** in einer gut besuchten Versammlung den hiesigen Wählern vor. Nachdem Hr. Glez hier zum Vorsitzenden berufen worden war, entwickelte Hr. Glez in ruhiger und sachlicher Weise sein Programm. Der Gedankengang seiner Rede war ungefähr folgender: Zum drittenmal ist der Reichstag aufgelöst worden; zweimal wegen einer Militärvorlage. Wie bekannt ist der Krieg von 1870 mit einem Heer von rund 500 000 Mann begonnen und einem solchen von 1 452 000 Mann siegreich beendet worden. Die Friedenspräsenzstärke der 70er Jahre von rund 420 000 Mann ist allmählich, hauptsächlich durch die bekannte Septennatsvorlage von 1887, auf die Höhe von 495 983 Mann einschließlich der Einjährig-Freiwilligen und ausschließlich der Offiziere gebracht worden. Die Friedensstärke der Franzosen beträgt einschließlich der Feldgendarmarie etwa

508 000 Mann. Nach den Ausprüchen Bismarcks und Caprivis beruht der Wert unseres Heeres nicht auf der Menge, sondern der Güte desselben; wir Deutsche hätten das beste Disziplinkorps der Welt. Unsere Ausgaben für Militär und Marine sind von 353 Mill. im Jahr 1875 auf 662 Mill. im Jahr 1892 gestiegen; seit Gründung des Reichs werden für Heereszwecke über 12 400 Mill. Mark ausgegeben. Trotz all dieser Opfer sei noch kein Ende, das deutsche Volk stehe vielmehr wieder vor der Entscheidung über eine Militärvorlage, die alle Beürchtigungen übertroffen habe. Seit Jahrzehnten fordere die Volkspartei die 2jährige Dienstzeit; ein dahingehender Antrag Pappe sei von der Reichstagsmehrheit abgelehnt worden. Nachträglich habe sich die Regierung eines anderen besonnen; sie wolle nun die zweijährige Dienstzeit gewähren gegen eine namhafte Erhöhung der Präsenzstärke, die laufende Mehrkosten im Betrag von 65 Mill. und einmalige Ausgaben von derselben Höhe verurursachen würden, wozu noch die Summen für später zu erbauende Kasernen kämen. Der Antrag Huent, der die Kosten um ein Sechstel verminderte, sei von der Reichstagsmehrheit, die außer den 17 500 Mann Ersatzreserve 25 000 Mann angeboten hat, was einen Kostenaufwand von rund 20 Mill. verursacht hätte, abgelehnt worden. Hätte der Reichskanzler nicht bis zur letzten Stunde in soldatischer Starrheit auf seinem Standpunkt beharrt, so hätte bei der weitgehenden Opferwilligkeit des Reichstags eine Verständigung wohl erzielt werden können, und die Aufregung dieser Wahl wäre dem deutschen Volk erspart geblieben. Es sei an das Volk appelliert worden, es müsse nun entscheiden. Unser Kriegsheer beträgt jetzt schon 3 500 000 Mann, das Angebot der Reichstagsmehrheit würde es auf annähernd 4 Mill. bringen, und 1870 hatte man nicht einmal 1 1/2 Mill.! Und diese Forderung wird gestellt in einer Zeit, da die politische Lage friedlicher sei denn je. Die Reichstagsmehrheit habe richtig und im Interesse des Vaterlandes gehandelt, als sie die Vorlage ablehnte; er stehe mit Ueberzeugung auf dem gleichen Standpunkt. Das Wichtigste an der ganzen Vorlage sei aber das, daß die Mittel dazu vollständig fehlen, ja daß über die Deckungsfrage in den Regierungskreisen völlige Ratlosigkeit herrsche. Hätte die Regierung mit der Vorlage zugleich brauchbare Steuerprojekte aufgestellt, so wäre die Sache viel einfacher gewesen. Die von den Parteien vorgeschlagene Wehr-, Erbsteuer- und Luxussteuer sei entweder wenig ergiebig, lähme Handel und Gewerbe oder sei der reinste Wahlspeck. Mit aller Entschiedenheit sei er gegen Monopole, Verteuerung der

Lebensmi-  
nisse. R  
bei Einf  
dem Ang  
durch pro  
bringen.  
Militär  
projekte  
Dann  
ausgepr  
mit den  
Gegenteil  
die übrig  
dürftige  
Reichs  
seither m  
zweck  
werden.  
festgelegt  
Jahren  
durch sch  
im Milit  
formen-  
die Wän  
des Bef  
vorleit  
Militär  
dieser ho  
ändern  
werde im  
der Reie  
Wähle de  
liberale  
tionären  
tums, de  
Dorn im  
nügt vo  
Volksbre  
Zeit se  
wohl a  
Rechte  
dieser er  
mendend  
aus Ple  
des Re  
ergänzen  
das unfr  
leit weit  
schildert  
Europa,  
allein de  
Bestrebu  
schen Pa  
während  
die doch  
mus stel  
erwigen  
leiten a  
wante!  
bewilligt  
Völker  
wieder  
als daß  
schweren  
ner sein  
an der  
vative  
allgemei  
Wahlre  
welche  
der seit  
tag mit  
Ertrag  
brachte  
deutsche  
und un  
schiden,  
schon n  
Bewilli  
lärgerie  
und die  
gewisse  
gewand  
aufgen  
erwaige  
Wort  
von hi  
lingen  
in Sa  
und Re





Lebensmittel, des Bieres und ähnlicher Bedürfniffe. Keine neue Steuern! Die Kosten, die bei Einführung der 2jährigen Dienstzeit nach dem Angebot der Volkspartei erwachsen, seien durch progressive Reichseinkommensteuer aufzubringen. Auch angenommen, die Kosten der Militärvorlage würden durch jene 3 Steuerprojekte und die Vörsensteuer gedeckt, was dann? Dann sei der letzte Tropfen aus dem Volk herausgepreßt. Die Kosten der Vorlage werden mit den Jahren nicht geringer werden, im Gegenteil; womit sollen denn die Mehrkosten, die übrigen auch im Wachsen begriffenen Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten, die Reichsschulden gedeckt werden? Mehr noch als vorher müssen dann alle Ausgaben für Kulturzwecke „in beschämender Weise“ zurückgelegt werden. Die 2jährige Dienstzeit muß gesetzlich festgelegt werden, damit das Volk nicht in einigen Jahren das Fortbestehen derselben aufs neue durch schwere Opfer erkauft müsse. Es muß im Militärwesen mehr gespart werden, im Uniform-, Parade- und namentlich Pensionswesen; die Wünsche des Volkes bezüglich der Reform des Beschwerderechts und der Militärgerichtsbarkeit müssen endlich erfüllt werden. Die Militärvorlage sei nicht allein der Schwerpunkt dieser hochwichtigen Wahl; es gelte noch einen andern heftigen Kampf. Die Militärvorlage werde in spätestens zwei Monate erledigt sein; der Reichstag sei aber auf 5 Jahre gewählt. Wähle das deutsche Volk eine konservativ-national-liberale Mehrheit, so werden die finstern reaktionären Strömungen des preussischen Junkertums, dem das freie Wahlrecht schon lange ein Dorn im Auge sei, die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, um Hand an die Volksrechte zu legen. In gegenwärtiger Zeit sei das Vaterland nicht in Gefahr, wohl aber seien es die freiheitlichen Rechte des Volkes. Reicher Beifall folgte diesen ersten, aus tiefster Ueberzeugung kommenden Worten. — Nun ergriff Hr. Dr. Richter aus Pforzheim das Wort, um die Ausführungen des Kandidaten in einzelnen Punkten noch zu ergänzen. Er besprach das französ. Heer, dem das anstige an Stärke fast gleich, an Tüchtigkeit weit überlegen sei. In überzeugender Weise schildert er den Fluch des Militarismus in Europa, von dem die Amerikaner und Engländer allein den Vorteil hätten. Er beklagt, daß die Bestrebungen der Friedensvereine in den deutschen Parlamenten so wenig Unterstützung finden, während die Wehrzahl der französi. Abgeordneten, die doch allenthalben im Geruch des Chauvinismus stehen, denselben angehören. Wozu diese ewigen Rüstungen, da man doch alle Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege schlichten könnte! Wenn wir jetzt die Militärvorlage bewilligen, so machen es uns alle europäischen Völker nach, und nach 5 Jahren müssen wir wieder vorn anfangen, und nichts ist erreicht, als daß die europäischen Völker unter neuen schweren Lasten seufzen. Nun wandte der Redner seinen Blick in die Zukunft und schilderte an der Hand offiziöser Auslassungen und konservativer Wahlflugblätter die Gefahren, die dem allgemeinen geheimen und namentlich freien Wahlrecht drohen, und zu eben der Partei, welche sich mit solchen Plänen trage, gehöre der seitherige Abg. v. Gütlingen. Der Reichstag mit seinem freien Wahlrecht sei die höchste Errungenschaft, den uns das deutsche Reich gebracht habe; seine Ehre, seine Rechte müsse das deutsche Volk eifersüchtig hüten. Es müsse freie und unabhängige Männer in den Reichstag schicken, die des Volkes Rechte wahren, die den schon unzähligemal vorgebrachten Wünschen um Bewilligung von Diäten, um Reform der Militärgerichtsbarkeit etc. endlich Geltung verschaffen und die einen wirksamen Damm bilden gegen gewisse absolutistische Neigungen. Diese formgewandte Ansprache wurde mit reichem Beifall aufgenommen. — Nachdem der Vorsitzende etwaige Gegner aufgefordert hatte, sich zum Wort zu melden, erhob sich H. Bohnenberger von hier, der eine Erklärung gegen H. v. Gütlingen bezüglich dessen neuerliche Verwahrung in Sachen der Unterstützung der Reservisten und Landwehrmänner abgab. H. Gieß erklärte

hierauf, daß er über sein eigenes Programm spreche, daß er sich nicht berufen fühle, über die Thätigkeit und die Ansichten des seitherigen Abg. hier zu Gericht zu sitzen, und daß er es verschmähe wie auf der ganzen Wahlreise so auch hier seinen Gegner persönlich anzugreifen. Wenn er so nicht recht sei, dem könne er nicht helfen. Stürmischer Beifall folgte diesen Worten. Nachdem noch H. Fieß den Kandidaten in warmen Worten empfohlen und zu zahlreicher Beteiligung an der Wahl aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Neuenbürg, 13. Juni. Die Wahlversammlung für Freiherrn v. Gütlingen, welche schon am 1. d. M. stattfinden sollte, wegen Unwohlseins des Hrn. Kandidaten aber verschoben werden mußte, nahm heute nun, nachdem derselbe vorher in Grumbach und Engelsbrand und gestern in Simmersfeld und Wildbad gesprochen hatte, einen sehr befriedigenden Verlauf. Herr Bern. Loos eröffnete an Stelle des Hrn. Stadtschultheißen, welcher wegen des hier stattgehobten Brandunglücks erst zu späterer Stunde erscheinen konnte, die Versammlung mit herzlichen Worten des Dankes für das Erscheinen des Hrn. von Gütlingen. Dieser selbst nahm nun das Wort und führte aus: Bevor er zur Begründung seines Programms übergehen könne, sei er leider genötigt, mehrere Unwahrheiten, die in den letzten Tagen von den Gegnern noch vorgebracht worden sind, richtig zu stellen. Da sei es zuerst sein Verhalten in Sachen des Gesetzes über die Entschädigung der Familien Eube-rasener, welches immer noch gegen ihn ausgebeutet werde, obwohl er doch wiederholte Erklärungen abgegeben habe. Es werde ihm in letzter Stunde weiter untergeschoben, daß er bei der Versammlung in Calmbach von einem Tagelohn gesprochen habe, den er in Höhe von 1 M 20 S bis 1 M 60 S für genügend halte. Dies sei un wahr, man sollte ihm auch einen solchen Blödsinn nicht zutrauen; zudem habe er in Calmbach gar keine Veranlassung gehabt über zureichenden oder unzureichenden Tagelohn zu sprechen. Ferner werde jetzt von gewisser Seite behauptet, die Adeligen dürften keine Steuern bezahlen; dies sei ebenfalls un wahr, denn jeder Gesetzeskundige weiß, daß der Adel ebenso zu den Steuern herangezogen sei, wie jeder andere Bürger auch. Auch die 3. B. oft erwähnte sog. Verjüngung der Armee, die durch die neue Militärvorlage mitbezweckt wird, werde absichtlich so dargestellt, als ob das Alter der Rekruten künftig um 2-3 Jahre herabgesetzt würde. Es gehöre eine unglaubliche Dreistigkeit dazu, solche Unwahrheiten zu behaupten.

In längerer von vielem Beifall begleiteter Rede bezeichnet Hr. v. Gütlingen unsere Lage als hocherast, der Parteigeist und die Parteileidenschaften walten leidenschaftlich, der Klassenhaß werde geschürt, die Partei komme zuerst, das Vaterland zuletzt. Er wolle für das Wohl des Volkes eintreten wie auch seither, das könne man aber nur, wenn man für das Vaterland Sorge. Redner kam hierauf zur Militärvorlage. Bismarck sei nur deshalb ein Gegner der neuen Militärvorlage, weil er kein Anhänger der Aufhebung der 2jährigen Präsenzzeit sei. Redner glaubt, daß die Vorlage im neuen Reichstage durchgehe, denn von dieser Notwendigkeit hätten sich auch solche überzeugt, die früher derselben widerstrebten. Auf letzterem Standpunkt stand anfänglich auch Huene, ein alter Offizier, der s. B. auf dem Schlachtfelde gestanden hatte. Es seien 1003 Eingaben für und nur 247 gegen die Vorlage eingebracht worden. Die Bewegung gehe so tief durch das deutsche Volk und die deutsch-freisinnige Partei habe sich durch diese wichtige Frage geteilt. An der Hand amtlicher Zahlen aus den Akten der Kommission beweist er die Notwendigkeit der Heeresvermehrung. Die Friedenspräsenzstärke des Dreibundes betrage 1/3 Million weniger als die von Frankreich und Rußland zusammen. Die Zahlen, welche die Gegner angeben, seien mit Vorsicht aufzunehmen. Leider werden gegenwärtig so viele Unrichtigkeiten dem Volke vorgetragen, worüber Redner mehrere Beispiele aufzählt und seine Angaben mit genauen Zahlen

belegt. Die Volkspartei war schon längst für Erhöhung der Präsenzzeit und Payer habe s. B. ebenfalls in diesem Sinne gesprochen, auch der „Beobachter“ habe 1886 und 1887 dieselben Grundzüge dargelegt, auf dem die jetzige Militärvorlage stehe. Auffallend ist nur, daß die Vorlage gerade jetzt auf so heftigen Widerstand von seiten der Volkspartei und des Freisians stößt. Jetzt sagen sie: „Wir haben eine solch gute Armee, daß sie siegen muß.“ Ja, wenn es mit dem Reden gethan wäre, aber die Feinde werden vor den Sprüchen eines Herrn Payer, eines Herrn Richter, eines Hrn. Dr. Vieder, eines Herrn Bebel u. s. w. nicht Halt machen. Da gehöre die That her und die Mannhaftigkeit. Handel und Wandel stocke, wir müssen aus dieser Lage herauskommen. Frankreich würde seine Heeresmacht nicht so sehr vergrößern, wenn es nicht auf Revanche sinnen würde. Dieser Anschauung sei der „Beobachter“ auch einst gewesen, er habe geschrieben: „eine Abrüstung gegenüber Frankreich und Rußland sei unmöglich.“ Es sei in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen, daß eine solch kräftige Nation wie Frankreich eine Scharte nicht auszuweichen wolle. Wenn ihm jemand Garantie biete, daß Frankreich nicht angreife, werde er gegen die Vorlage stimmen. In drei Jahren sei die Vereinbarung des Dreibundes abgelaufen, ob immer Geneigtheit zur Erneuerung vorhanden, sei fraglich. Eine absolute Sicherheit liege immer in uns selbst. Er könne nur bedauern, daß in der französi. Kammer niemand den Mut habe, gegen die Steigerung ihrer Heeresmacht aufzutreten, in welchem Fall wir dies auch nicht nötig hätten, aber so viel Patriotismus wie die Franzosen sollten wir doch auch haben. Die allgemeine Verstimmung und Unzufriedenheit, der man allerwege begegne, liege z. T. in den Witterungsverhältnissen; es sei dies außerordentlich zu bedauern, aber es lasse sich nicht ändern, auch die Gegner der Vorlage könnten nicht regnen lassen. Viele seien auch unzufrieden über den neuen Kurs, zu diesen gehöre in einer Beziehung auch er, indem er die Entlassung des Fürsten Bismarck bedaure. Es kümmere ihn hierbei nicht, wenn der „Beobachter“ schreibt, daß er sich damit blamiere. Diese allgemeine Unzufriedenheit können wir aber nicht an unserem Vaterlande auslassen. Was wir der Regierung zum Schutze des Vaterlandes bewilligen, das bewilligen wir uns selbst. Was nun die Kosten anbetrifft, so sollen dieselben, wie er in seiner Erklärung bereits gesagt, auf die Reichen abgewälzt werden, allerdings erkläre der „Beobachter“ diese seine Ansicht für den reinsten Schwindel, er aber sehe nicht ein, ob dies nicht zuwege gebracht werden könne durch eine Hörsensteuer und eine Luxussteuer, auch wäre er für eine Wehrsteuer und zwar nicht pro Kopf, sondern daß der vom Militärdienst befreite Sohn eines Millionärs oder eines vermöglichen Mannes mehr zu bezahlen hätte, als der weniger Bemittelte. Eine Vier- und Branntweinsteuer würde er ablehnen. Die Militärvorlage belaste pro Kopf der Bevölkerung mit M 1,01 S. Diese Berechnung werde auch als Schwindel hingestellt, dieser liege aber auf der andern Seite. Der „Beobachter“ berechne hierauf die Steuer auf 8 Kinder à M 1.10 = M 8.80. Das wäre nun das Neueste, daß die Kinder auch besteuert würden. In Preußen wird pro Kopf eine Steuer von 20,82 M. in Frankreich 59,77 M. in Oesterreich 30,24 M., in Italien 32,31, in Rußland 16,72, in England 44,70 M. erhoben. Redner kommt nun auf weitere Punkte seines Programms zu sprechen. Wie bekannt, will Hr. v. Gütlingen möglichst wenig Gesetze. Die bestehenden, welche sich nicht bewährt haben, seien abzuschaffen oder doch abzuändern. So besonders die Versicherungs-gesetze, die zwar gut gemeint seien, aber für unsere kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Verhältnisse nicht passen und daher entweder aufgehoben, oder durch Beschränkung auf die Fabrikarbeiter so abgeändert werden müssen, daß sich das Publikum eher mit ihnen befreunden kann. Redner wird ferner eintreten für Verbesserung des Beschwerderechts und Einführung eines neuen Straf-





verfahrens, beruhend auf dem Prinzip der Öffentlichkeit und Mündlichkeit. Er halte gesetzliche Bestimmungen für notwendig, durch welche die Einquartierungslasten erleichtert werden sollen. Er halte fest an den Schutzvöllen für die Landwirtschaft und Industrie. Gegenüber der Behauptung der Gegner „in gegenwärtiger Zeit sei das Vaterland nicht in Gefahr, wohl aber die Volksrechte“ nimmt Herr v. Gütlingen energisch Stellung, indem er seine früheren Erklärungen wiederholte, daß er an den verfassungsmäßigen Rechten des Volks festhalten und zu einer Aenderung in dieser Hinsicht nie seine Hand bieten werde. Prüfen Sie alles, schließt der Redner, was ich leidenschaftslos vorgetragen, prüfen Sie auch die gegnerischen Vorschläge. Wie Sie wählen sollen, kann ich Ihnen nicht vorschreiben, aber behalten Sie dabei im Auge das Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes. Reicher Beifall wurde dem von patriotischer Ueberzeugung durchdrungenen Vortrage zuteil und alle Anwesenden dürften die Ueberzeugung gewonnen haben, daß unser seitheriger Abgeordneter Hr. v. Gütlingen ein aufrichtiger Freund des Volkes ist.

Hr. Voos sprach namens des Komités noch den innigsten Dank aus und macht noch speziell auf die hochpatriotische Gesinnung des Hrn. v. Gütlingen aufmerksam. Die Frage, die uns jetzt bewegt, sei in der That eine so tiefere und schwerwiegende für unser Volk und Land. Er bittet einzustehen zum Heil und Segen für unser Vaterland. Es sprachen noch Hr. Amtspfleger Kübler bei trefflicher Ausführung aller jetzt in Betracht kommenden Punkte, ferner Hr. Graf v. Uzkull. In tiefergreifenden Worten voll patriotischer Begeisterung führte letzterer aus: Wenn man Deutschland ansieht, wie da nun seit Monaten um die Militärvorlage gemarkelt wird, um eine Vorlage, die von unserm Kaiser und den Heerführern als unbedingt notwendig anerkannt wird, so sei ihm dies rein unbegreiflich. Auf den Kandidaten übergehend sagte Hr. Graf, Gütlingen sei ein alter Bekannter von ihm, welcher gerade und wahr zu Werke geht, welcher nicht Wahrheit mit Unwahrheit vermischt. Begeisterte Zustimmung folgte auch diesem Appell an die Wähler. Noch erwähnte Hr. Maurerm. S. Müller, daß er am Sonntag auch bei der volksparteil. Versammlung anwesend gewesen sei und daß er heute einen andern Eindruck bekommen habe. Hr. Elex sei ihm schon seit etwa 25 Jahren als Bauunternehmer bekannt, der es verhältnismäßig rasch zum Privatier gebracht habe. Er stimme entschieden für v. Gütlingen. Nach weiterer anregender Unterhaltung trennten sich die Versammelten mit dem Wunsche, unser nationaler Kandidat, Landgerichtsrat Hr. W. v. Gütlingen möge wieder den Wahlsieg davontragen.

Die weitreichende Bedeutung, welche die bevorstehende Reichstagswahl besitzt, und jeder deutsche Wähler, der das Wahlgeschäft nicht als einen bloßen politischen Sport, sondern als einen ernsten und wichtigen Akt betrachtet, wird sie hoffentlich zu würdigen wissen. Leider ist die Militärfrage gleich von ihrem ersten Auftauchen an viel zu sehr als Parteisache, und weit weniger als das aufgeföhrt und behandelt worden, was sie in Wahrheit darstellt, als eine eminente, nationale Angelegenheit. Nunmehr ist endlich der Tag der Klärung gekommen, die Entscheidung in dem scharfen Wahlkampfe, von der so viel und so Ernstes abhängt.

**In letzter Stunde.**

Der Wahn der militärischen Unbestehbarkeit, in welchem das französische Volk vor 1870 befangen war, scheint zu unserer tiefen Beschämung auch einen Teil des deutschen Volkes ergriffen zu haben. Der Chauvinismus, Größenwahn, der für Frankreich 1870/71 so verhängnisvoll geworden, der eine empfindliche Demütigung und Niederlage zur Folge hatte, würde, wenn die deutsche Reichsregierung sich von den sie bekämpfenden Parteien leiten und verhindern ließe, die militärische Streitmacht Deutschlands in dem

Maße zu vergrößern und verstärken, wie von den Nachbarstaaten geschieht, weit Unheilvolleres für Deutschland zur Folge haben, nämlich seine Unterdrückung, Zerstückelung und seine Abhängigkeit von fremden Eroberern.

Eine Partei, die mit der größten Energie gegen die Reichsregierung ankämpft, thut solches aus politischem Fanatismus, indem sie ein neues Evangelium, einen neuen Himmel und eine neue Erde verkündigt, den Untergang der nach ihrer Meinung korrumpierten, unverbesserlichen und hoffnungslosen Staaten prophezeit und die Herrschaft des Sozialismus anstrebt.

Deshalb spricht sie dem heutigen Staat seine Existenzberechtigung vollständig ab und verweigert ihm die zu seiner Erhaltung und Verteidigung erforderlichen Mittel. Eine andere Partei hat die Gesellschaftsrettung auf ihre Fahne geschrieben: „Zurück ins 13te Jahrhundert, ins goldene Mittelalter.“ Ihre Parole ist der Absolutismus, leibliche und geistige Knechtschaft, die Hierarchie, die Gottesherrschaft auf Erden in ihrem Sinn.

Eine dritte Partei bekämpft die Militärvorlage aus angeblicher Freiheitsliebe, aus Rechthaberei und gebärdet sich dabei als die Wächterin der Rechte und Freiheiten des Volkes, während sie in Wirklichkeit der Verbündete der reaktionären und revolutionären Parteien ist und deren Widerstand gegen die Reichsregierung verstärkt und unterstützt. Diese Partei, welche sich schmickelt, für Geistesfreiheit und für die idealen Kulturaufgaben einzustehen, spielt die verzweifelte Rolle. Mit der Phrase, der französische und russische Bauer wolle ebensowenig einen Krieg wie der deutsche Bauer und das deutsche Volk, ist gar nichts gesagt. Es ist bekannt, daß in Frankreich der Pöbel von Paris regiert. Die bisherigen Kriege wurden gegen den Willen und das Einverständnis der französischen und anderen Bauern geführt und so wird es auch in Zukunft sein. Ist denn der Bauer schon einmal gefragt worden, ob er Krieg oder Frieden will?!

Im Jahre 1871 hat Deutschland die geraubten Provinzen Elsaß-Lothringen zurückgenommen. Statt daß Frankreich mit Einschluß seiner Bauern bekannt haben sollte: „Unsere Väter haben an Deutschland gesündigt, daß Deutschland die ihm geraubten Provinzen zurücknimmt, ist nicht mehr als billig“, statt dessen heißt es Revanche. Zurückeroberung der deutschen Provinzen Elsaß-Lothringen und fürchterliche Rache an Deutschland.

Wenn das französische Heer oder eine feindliche Armee einen einzigen Tag in Deutschland operiert, dann kostet es uns mehr als die geforderte Kaseloge für die Heeresvermehrung in 20 Jahren. Magdeburg hatte 1870 noch Kriegsschulden von Kriegen aus dem vorigen Jahrhundert. Der Feind nimmt nicht nur was augenblicklich vorhanden ist, er saugt durch seine Brandschatzungen ein Land oft auf hundert Jahre hinaus aus. Der Feind würde uns beweisen, daß trotz der heutigen Knauerei noch sehr viel bei uns zu holen wäre. Die Verstärkung der deutschen Heeresmacht ist eine Notwendigkeit, sie ist eine Pflicht der Selbsterhaltung, dringend geboten durch das Vorgehen anderer Staaten.

Haben die Deutschen vergessen, was sie bei dem Einfall feindlicher Heere durchzumachen hatten, und welche schwere Opfer sie bringen mußten, wie ihre Söhne gezwungen wurden, in den feindlichen Reichen, gegen ihre eigenen Väter und Brüder die Waffen zu kehren. Deutsche erwachet aus eurem Taumel!

**Deutsches Reich.**

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ ergreift aufs neue das Wort zur Militärvorlage, indem sie in einem längeren Artikel ausführt, daß die Gründe der Opposition gegen die Vorlage nur bis zur Verneinung reichen. Die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung würde anderen überlassen. Kein Gegner der Militärvorlage könne von der abermaligen Bewertung derselben einen Abschluß derart erwarten, daß die Frage der Verstärkung der Armee auch nur zeitweilig von der Tagesordnung verschwinde oder gar definitiv begraben werde. Das Votum

gegen die Militärvorlage bedeute für Deutschland militärische Schwäche, lähmende Unsicherheit auf allen Gebieten, Schädigung von Handel und Wandel und Vermehrung der Kriegsgefahr. Die Wähler möchten sich der Julitage von 1870 erinnern. Damals sei man froh gewesen über jedes zum Rhein ziehende Regiment. Solche Tage könnten wiederkehren, dann werde der Militarismus zu Ehren kommen, welchen die verbündeten Regierungen ernster, gewissenhafter Fürsorge empfohlen hätten, in dem Bestreben, Deutschlands Heer stark genug zu erhalten, um die Sicherheit und die Existenz der Vaterlandes erfolgreich zu verteidigen.

Reg. 13. Juni. Gestern abend 10 Uhr erfolgte ein Zusammenstoß des fälligen Saarbrücker Perionenzuges mit dem nach Saarburg abgelaufenen Güterzug zwischen Peltre und Courcelles. Vierzehn Personen sind verlegt, davon einer schwer. Der Verkehr auf der genannten Strecke ist bis jetzt gesperrt.

**Württemberg.**

Am 15. d. M. wird wegen der Reichstagswahlen die Dienstzeit der allgemeinen Telephonanstalten, Umschaltstellen und öffentlichen Telephonstellen bis 11 Uhr nachts verlängert.

Stuttgart. Oberlieutenant a. D. H. v. Moser ist auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in München von einem Pferde so unglücklich auf die Brust geschlagen worden, daß er den Folgen dieser Verletzung erlegen ist.

Herrenberg, 9. Juni. Die Kaselösungen des Hrn. v. Gütlingen wurden im Bezirk überall mit Beifall aufgenommen, namentlich die ländliche Bevölkerung begrüßte die Zusicherung der Beibehaltung der Getreidezölle und der Verbesserung der Versicherungsgeetze immer mit Freuden. Nicht so warm stehen viele Wähler der Militärvorlage gegenüber, weil sie nicht an den Krieg glauben wollen und sie eine Mehrbelastung für die breiten Massen befürchten, doch hat der Redner durch seine treffliche Schilderung unserer politischen Lage und durch seine Ausführungen über die Deckungsfrage manchen überzeugt, daß dieselbe zur Verteidigung des Vaterlandes und damit auch zur Erhaltung und Hebung unseres Erwerbslebens nötig ist und übelangebrachte Sparsamkeit der falsche Weg wäre. Man kann sagen, daß die warmen, patriotischen Worte unseres seitherigen Reichsboten doch überall durchschlagend waren und nicht daran zu zweifeln ist, daß derselbe auch diesmal wieder die meisten Stimmen auf sich vereinigen werde.

Berned, 8. Juni. Unsere Gutsherrschaft, Hr. v. Gütlingen, welche ja im Landtag für die Unterstützung der Bauern im gegenwärtigen Zeit des Futter- und Stremamanges so warm eingetreten ist, geht als Private mit gutem Beispiel voran und verabreicht Stren und Waldgras. Letzteres giebt sie in Losen ab und nur an Bedürftige, d. h. an solche Viehbesitzer, die in Wirklichkeit heulos sind, nicht an solche, die Wässerwiesen besitzen und in Folge dessen heuer den anderen gegenüber in großem Vorteil sind.

Rudolf Falk sagt: Der gegenwärtige Hochdruck dürfte eine neue Zunahme der Regemengen erst im Anschluß an den kritischen Termin vom 14. Juni (2. Ordnung) gestatten. Namentlich erwarten wir größere Niederschläge am 16. und 20. Juni.

**Ausland.**

Fünfkirchen, 13. Juni. Bei der Räumung des Dorfes Szabolcs von fremden Arbeitern mußte das Militär gegen die Widerstrebenden einschreiten. Zwölf Personen wurden leichter verletzt, die Anführer des Widerstandes verhaftet.

Petersburg, 12. Juni. Minister v. Giers wurde heute vom Kaiser empfangen und übernimmt wiederum die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen.

